

# Stenographischer Bericht

## 5. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

III. Periode.

20. Juli 1927.

### Inhalt:

**Tagesordnung:** Abziehung sämtlicher Punkte von der Tagesordnung (48).

**Personalien:** Urlaubsbewilligung Jira (47).  
Abwesenheitsanzeige Pforner (47).

**Auflage:** Die Beilagen Nr. 12 bis 17 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 49 bis 54, 58 und 62 (47).

**Zuweisungen:** Die aufgelegten Beilagen Nr. 12 bis 17 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 49 bis 54, 58 und 62 (47).

**Erklärungen** zu den Vorfällen am 15. und 16. Juli in Wien: der Einheitsliste und des Landbundes Riegler (47); Dr. Hübler (48); der Sozialdemokraten Machold (48); des Udeverbandes Dr. Sernek (48)

**Anträge:** Dr. Hübler, E.-Zl. 64 der steierm. Landtag wolle die Schaffung eines Gesetzes zum Schutze der Republik fordern (48);

Dr. Koschak, E.-Zl. 65, betreffend Notstandsunterstützung anlässlich der Kulturschäden in den Gerichtsbezirken Leibnitz und Wildon (48);

Krenn, E.-Zl. 66, betreffend Notstandsunterstützungen anlässlich der durch Hagelschlag verursachten Kulturschäden im Bezirke Judenburg (48);

Gartner, E.-Zl. 67, betreffend Notstandsunterstützung der durch Hagelschläge und Gewitterschäden betroffenen Besitzer in der West- und Mittelsteiermark (48);

Schlieffsteiner, E.-Zl. 68, betreffend Notstandsunterstützung der durch Gewitterschäden betroffenen Besitzer in den Gemeinden Ganz, Langenwang und Krieglach (48);

Riemer, E.-Zl. 69, wegen Notstandsunterstützung (48);

Mikola, E.-Zl. 70, betreffend Besserstellung der länger dienenden Warte- und Dienstpersonen der Landeskrankenanstalten (48).

Präsident Kölbl eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 55 Minuten.

**Präsident:** Voreerst habe ich mitzuteilen, daß der Herr Abg. Karl Jira um einen Urlaub vom 18. Juli bis Ende August ersucht hat. Dieser Urlaub wurde bewilligt.

Der Herr Abg. Eduard Pforner hat seine Abwesenheit wegen Krankheit entschuldigt.

Aufgelegt wurden heute die gedruckten Beilagen Nr. 12 bis 17 und die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, E.-Zl. 49 bis 54, 58 und 62.

Zugewiesen werden wie folgt (verliest auch die Überschriften der einzelnen Vorlagen):

die Beilagen Nr. 12 bis 15 dem Volksbildungsausschusse;

die Beilagen Nr. 16 und 17 dem Fürsorgeausschusse.

Ferner die schriftlich eingebrachten Regierungsvorlagen und Anträge, und zwar:

E.-Zl. 49 dem Landeskulturausschusse;

E.-Zl. 50, 52, 53, 54, 58 und 62 dem Finanzausschusse;

E.-Zl. 51 dem Fürsorgeausschusse.

Hat jemand zu diesen Zuweisungen etwas zu bemerken?

**Dr. Enge:** Herr Präsident, ich glaube, der Antrag Köstler, Tausk, Wolf, Pforner und Genossen, betreffend Abänderung, beziehungsweise Schaffung von Fürsorgebestimmungen im Falle der Schwangerschaft von Bediensteten in den Landeskrankenhäusern, sowie in den Heil- und Pflegeanstalten des Landes, wäre doch sinngemäß dem Finanzausschusse zuzuweisen, als ein Antrag, der finanzielle Auswirkungen haben dürfte. Das ist eine Regelung der Bezüge von Landesangestellten, die jedenfalls den Finanzreferenten sehr interessieren werden.

**Präsident:** Ich werde Ihrem Antrage insofern Folge leisten, als ich diesen Antrag in Stattgebung Ihres Antrages zunächst dem Finanzausschusse und sodann nach Außerung des Finanzausschusses dem Fürsorgeausschusse zuweise.

Hat jemand dagegen eine Einwendung zu erheben? (Nach einer Pause.) Es ist dies nicht der Fall.

Vor Eingehen in die Tagesordnung erteile ich dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Riegler zu einer Erklärung das Wort.

**Riegler:** Namens der Abgeordneten der Einheitsliste und des Landbundes habe ich die Ehre, folgende Erklärung abzugeben. (Die Abgeordneten erheben sich von den Sitzen.)

In der Bundeshauptstadt Wien sind am 15. und 16. Juli 1927, hervorgerufen durch unverantwortliche, staatszerstehende Elemente, Ereignisse eingetreten, die viele und schwere Opfer an Menschenleben und körperlichen Beschädigungen mit sich gebracht haben. Ein hervorragendes und bedeutungsvolles Staatsobjekt, das Justizgebäude, wurde in Brand gesteckt und damit immenser Sachschaden verursacht; das Exekutivorgan der Regierung, die Bundespolizei, wurde in der unerhörtesten Weise angegriffen, einzelne Personen derselben in bestialischer Weise ermordet. Diese Ereignisse, die nur dazu führen können, den Bestand der Republik zu gefährden und das Ansehen derselben nach außen auf das schwerste zu schädigen, werden nachdrücklich bedauert und verurteilt. Besonders zu bedauern ist die totale Lahmlegung des Verkehrs und des Nachrichtendienstes, wodurch in den einzelnen Bundesgebieten außerhalb Wien die wildesten Gerüchte unwiderlegt Verbreitung finden konnten und begreiflicherweise die schwerste Beunruhigung der Bevölkerung hervorrufen mußten.

Anerkennend sei hervorgehoben, daß im Lande selbst, mit Ausnahme einiger Übergriffe und eines

schweren Verfassungsbruches, die sich nicht unmaßgebliche Faktoren zuschulden kommen ließen, die Ruhe und Ordnung vollständig aufrechterhalten wurde und hiefür sei der Dank an die Landesregierung, Sicherheitsorgane und Bevölkerung in Stadt und Land ausgesprochen.

Zum Zeichen und als Ausdruck des nachdrücklichsten Protestes gegen diese Vorkommnisse und der Anteilnahme für die unschuldigen Opfer derselben stellen wir an das Präsidium das Ersuchen, von der Abwicklung der heutigen Tagesordnung abzusehen.

**Präsident:** Zu einer weiteren Erklärung erteile ich dem Herrn Landesrat Dr. Hübler das Wort.

**Dr. Hübler:** Hohes Haus! Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Riegler hat im Namen der Koalitionsparteien der Mehrheit zum Zeichen des Protestes gegen die unerhörten Vorkommnisse in Wien und in Steiermark an den Herrn Präsidenten das Ersuchen gestellt, die Absetzung der heutigen geschäftlichen Tagesordnung zu veranlassen. Es ist einem weitgehenden Bedürfnisse der Mehrheitsparteien, der Einheitsliste und des Landbundes, entsprechend, wenn ich hier die Erklärung abgebe, daß wir diese Ereignisse in Wien und in Steiermark energisch und gründlich in einer Vollsitzung des Hauses zu erörtern wünschen. Wir wünschen sie zu bereinigen, wir wünschen die Verantwortung festzustellen, Sühne zu verlangen und Bürgschaften dafür zu fordern, daß in Zukunft sich solche Ereignisse nicht mehr wiederholen können, daß, wenn es einen starken Arm gibt, der alle Räder beherrscht, dieser in Zukunft nur der Arm des Staates sein darf, und ich bitte in diesem Sinne im Namen der Koalitionsparteien der Mehrheit, der Einheitsliste und des Landbundes, den Herrn Präsidenten des Landtages, zu diesem Zwecke eine Sitzung möglichst bald, spätestens bis Montag, einzuberufen.

**Präsident:** Zu einer weiteren Erklärung erteile ich dem Herrn Landesrat Machold das Wort.

**Machold:** Hohes Haus! Im Anschlusse an die Erklärung der Einheitsliste und des Landbundes und im Anschlusse an den Vorschlag des Herrn Landesrates Dr. Hübler auf baldige Einberufung des Landtages, habe ich namens der sozialdemokratischen Fraktion folgendes zu erklären:

Wir sind der Überzeugung, daß an den tief bedauerlichen Vorkommnissen in Wien, deren Opfer eine große Anzahl Toter und Verwundeter sind, und an allen weiteren Ereignissen die Hauptschuld in dem Vorgehen der Wiener Polizei zu suchen ist. (Ohnrufe.) Das Parlament ist bereits einberufen und wird diese Frage zu klären haben.

Eine Erörterung der Vorgänge im Lande Steiermark, selbst im Landtage halten auch wir genau so wie die Vertreter der bürgerlichen Parteien für notwendig und werden einer solchen Erörterung nicht ausweichen, sondern halten sie für zweckmäßig.

Heute, hohes Haus, werden in Wien die ersten Opfer zu Grabe getragen. Eine Reihe unserer Parteigenossen nimmt an diesem Begräbnisse teil und ist aus diesem Anlasse im Hause heute nicht anwesend und kann an der Sitzung nicht teilnehmen. Wir stimmen daher mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien überein und stellen gleichfalls an den Präsidenten das Ersuchen, die heutige Tagung zu unterbrechen und den Landtag für die nächste Woche einzuberufen.

**Präsident:** Zu einer weiteren Erklärung erteile ich dem Herrn Abg. Dr. Serneß das Wort.

**Dr. Serneß:** Wir schließen uns den Ausführungen des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters vollkommen an. Die traurigen Ereignisse, die wir in der letzten Woche in Österreich durchgemacht haben, sind nur das Endresultat der langwierigen und immerwährenden Verheerungen unserer Volkschichten. Wir wollen weiter hier mitarbeiten, daß endlich einmal diesem unerträglichen Zustande in unserem Lande ein Ende gesetzt wird, daß endlich daran geschritten wird, daß man die wichtigsten Verkehrsmittel als Gemeingut des Volkes und nicht als irgend einer Gruppe oder Partei gehörig ansieht.

Wir schließen uns daher dem Antrage an, in der kommenden Woche den Landtag einzuberufen, in welchem über die Ereignisse im Lande Steiermark gesprochen wird.

**Präsident:** In Stattgebung der soeben vorgebrachten Vorschläge stelle ich formell den Antrag, von der Abwicklung der heutigen Tagesordnung abzusehen und betrachte, wenn kein Einspruch erhoben wird, diesen meinen Antrag als genehmigt. (Nach einer Pause.) Es ist kein Einspruch erhoben worden.

Schriftlich beantwortet wurde die Anfrage der Abg. Oberzaucher und Genossen an den Herrn Landesrat Winkler als Landeseisenbahnreferenten in Angelegenheit der Einstellung von Arbeitslosen beim Bahnbau Feldbach—Gleichenberg.

**Präsident** verkündet die eingebrachten Anträge (siehe Inhaltsverzeichnis).

Die nächste Sitzung des hohen Hauses findet statt Montag, den 25. Juli, um 4 Uhr nachmittags, mit der Tagesordnung, die für die Sitzung des heutigen Tages bestimmt war. Ich kann es mir erübrigen, dieselbe noch einmal vorzulesen, nachdem sie sich schriftlich in den Händen sämtlicher Abgeordneten befindet.

(Schluß der Sitzung um 12 Uhr 10 Minuten.)